

# ANTRAG

*Bundesjugendwerkskonferenz 2026*

*Antragsteller\*in: Bundesjugendwerk der AWO e.V.*

*Tagesordnungspunkt: 7.c. Weitere Anträge*

## **A5: Unsere Antwort heißt Solidarität - Landtagswahlen im Osten**

1 Die Bundesjugendwerkskonferenz beschließt folgende Position:

### 2 **Unsere Antwort heißt Solidarität - Landtagswahlen im Osten**

3 Dieses Jahr finden in Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern  
4 Landtagswahlen statt. Die anstehenden Wahlen finden in einem Klima statt, das  
5 massiv von einem fortschreitenden Rechtsruck geprägt ist. Rechtspopulistische  
6 und extrem rechte Kräfte, insbesondere die AfD, versuchen, menschenfeindliche  
7 Positionen zu normalisieren. Das beobachten wir mit großer Sorge.

8 Verpflichtet aus unseren Werten, stellen wir uns entschlossen dagegen. Wir  
9 fühlen dabei besondere Verbundenheit mit Menschen und zivilgesellschaftlichen  
10 Organisationen in Ostdeutschland, die sich für ein solidarisches Zusammenleben  
11 aller Menschen einsetzen und deswegen unter besonders zunehmendem Druck stehen.

### 12 **Für eine wehrhafte Demokratie und eine starke Zivilgesellschaft fordern wir:**

13 1. **Schutz der gemeinnützigen Zivilgesellschaft:** Politisches Engagement für  
14 Menschenrechte und gegen Diskriminierung ist kein Verstoß gegen die  
15 Neutralität, sondern eine Grundlage unserer Demokratie. Wir beobachten,  
16 dass Organisationen, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen, mit dem  
17 Entzug ihrer Gemeinnützigkeit bedroht oder durch „Neutralitätsvorgaben“  
18 mundtot gemacht werden. Das muss ein Ende haben.(F1)

19 2. **Solidarität mit Betroffenen von Diskriminierung:** Extrem Rechte Kräfte  
20 betonen explizit Ausgrenzung und Ungleichheit. Wir fordern einen  
21 konsequenten Schutz von Menschen, die von Rassismus, Klassismus,

22 Queerfeindlichkeit und anderen Formen der Diskriminierung betroffen sind.

23 3. **Konsequente Prüfung von Parteiverboten:** Wir fordern den Bundestag, den  
24 Bundesrat und die Bundesregierung nach wie vor auf, ein  
25 Parteiverbotsverfahren gegen die AfD ernsthaft zu prüfen. Wir beziehen uns  
26 dabei auf unsere bisherigen Positionen dazu. (F2)

27 4. **Förderung sozialer Sicherheit:** Rechtspopulismus ist dort besonders  
28 erfolgreich, wo ernsthafte Probleme, Ängste und soziale Ungleichheit  
29 herrschen. Wir fordern eine Politik, die Armut bekämpft und soziale  
30 Sicherheit für alle garantiert, um der Spaltung die Grundlage zu  
31 entziehen.

32 5. **Stärkung der politischen Bildung:** Angesichts des steigenden Drucks auf die  
33 öffentlichen Haushalte muss die Finanzierung der schulischen und  
34 außerschulischen politischen Bildung gesichert werden. Menschen in jedem  
35 Alter müssen dazu befähigt werden, extrem rechte Ideologien und Mythen als  
36 solche zu erkennen.

37 Fußnoten:

38 F1: "Für eine starke Zivilgesellschaft und Demokratisches Engagement!". Position  
39 des Bundesjugendwerks aus dem Jahr 2025

40 F2: "Demokratie Verteidigen - Position des Bundesjugendwerks der AWO zur Prüfung  
41 eines Parteiverbots der AfD". Position des Bundesjugendwerks aus dem Jahr 2025;  
42 "AfD-Parteiverbotsverfahren jetzt!". Position des Deutschen Bundesjugendrings  
43 aus dem Jahr 2024

## Begründung in einfacher Sprache

44 Wir kommen dieses Jahr zur Bundeskonferenz in Magdeburg zusammen. Gerade in  
45 Sachsen-Anhalt und anderen ostdeutschen Bundesländern, aber auch in  
46 Gesamtdeutschland, beobachten wir mit großer Sorge das Erstarken rechtsextremer  
47 Kräfte. Das ist keine abstrakte Gefahr, sondern eine bittere Realität für viele  
48 Menschen vor Ort.

49 Besonders besorgniserregend sind die zunehmenden Angriffe auf die  
50 Zivilgesellschaft. Vereine und Projekte, die sich für Vielfalt und gegen  
51 Ausgrenzung einsetzen, werden gezielt eingeschüchtert oder finanziell in ihrer  
52 Existenz bedroht. Das trifft auch unsere eigenen Strukturen: Wir erklären uns  
53 ausdrücklich solidarisch mit den Jugendwerker\*innen in Ostdeutschland. Sie  
54 leisten unter schwierigen Bedingungen wertvolle Arbeit für unsere Werte und die  
55 Demokratie.

56 Mit diesem Antrag machen wir deutlich: Wer die Zivilgesellschaft angreift,  
57 trifft uns alle. Wir lassen niemanden allein, der sich gegen Rechtsaußen stellt.  
58 Wir fordern echte Freiheit – sowohl sozial durch eine starke Armutsbekämpfung  
59 als auch politisch durch den Schutz unserer demokratischen Freiräume. Unsere  
60 Antwort auf Spaltung und Hass ist und bleibt die Solidarität.